

(Abgeordneter Müller [Leipzig].)

(A) um die städtische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, waren vollständig verfehlt, und die Verordnungen der Regierung haben zum Teil dazu beigetragen, daß die großen Gemeinden sich an der Preistreiberei beteiligten. Ich erinnere an jene Verordnung, die es den größeren Gemeinden im Januar des Jahres 1915 zur Pflicht machte, für ihre Einwohner ein bestimmtes Maß von Nahrungsmitteln sicherzustellen. Es begann eine wilde Jagd nach Nahrungsmitteln, und dadurch wurden die Preise künstlich in die Höhe getrieben, selbst über die Preise hinaus, die als Höchstpreise festgesetzt waren. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß es schwer sei, dem Schleichhandel beizukommen, und diese Äußerung wurde von dem Herrn Abgeordneten Schmidt aufgegriffen, der erklärte: Selbst ein sozialdemokratischer Minister muß zugeben, daß es außerordentlich schwer ist, dem Schleichhandel beizukommen; und da könne man den Landwirten keine Schuld beimessen.

An Ausreden hat es den Agrariern nie gefehlt, auch nicht an Mitteln, ihre volksfeindliche Politik zu beschönigen. Daß es nicht möglich ist, den Schleichhandel restlos zu erfassen, liegt in der Art der Wirtschaftsführung, nicht zuletzt in der kapitalistischen Betriebsart.

(B) Ich erinnere daran, daß wir gar nicht die Möglichkeit besaßen, festzustellen, was an Nahrungsmitteln da ist. Und daß die Landwirte nicht mit der von Herrn Schmidt geschilderten Bereitwilligkeit alle Waren herausgaben, zeigt die Tatsache, daß bei den Kontrollen, die nachträglich vorgenommen worden sind, oft das Vielfache der von den Landwirten abgegebenen Nahrungsmittel gefunden wurde. Ich habe solche Kontrollen in der Amtshauptmannschaft Leipzig mitgemacht und habe den Amtshauptmannschaften Berge von Material zur Verfügung stellen können. Das zeigt, daß die Landwirte eine eigennützige Politik zum Schaden der Bevölkerung getrieben haben.

Welches sind die Mittel, die angewendet werden können? Ich habe schon darauf hingewiesen, daß dem Volke mit noch so schönen Reden nicht geholfen ist, sondern daß nur durch ein energisches Eingreifen und durch eine vollständige Umwälzung des Wirtschaftsbetriebes eine Besserung herbeigeführt werden kann. Der Herr Minister hat zwar erklärt, daß es nicht angängig oder nicht nützlich sei, in dem Zusammenhange auf die Sozialisierung einzugehen. Ich halte es aber für notwendig, die Sozialisierung zu empfehlen. Wenn die Lebensmittelversorgung in den nächsten Jahren in gesunde Bahnen gelenkt werden soll, ist

eine Umbildung der Nahrungsmittelproduktion notwendig. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Ernährungsschwierigkeit dadurch behoben werden könnte, daß man die Einfuhr vom Auslande ermöglicht. Aber die Einfuhr wird nicht allein durch die Blockade verhindert. Wenn die Blockade aufgehoben worden wäre, würden die Nahrungsmittel noch nicht so schnell zufließen, daß die Ernährungsschwierigkeiten mit einem Male aufhören würden, weil auch die deutsche Finanzwirtschaft vollständig zerrüttet ist und die Feinde nicht aus Mitleid mit dem deutschen Volke liefern, sondern nur gegen klingende Münze helfen werden. Sie haben erklärt, daß sie keine Waren auf Kredit nach Deutschland liefern. Die Umgestaltung der Wirtschaft ist die Voraussetzung für eine gesunde Lebensmittelpolitik, die Nahrungsmittel müssen produziert werden nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht, wie es jetzt geschieht, ausschließlich im Interesse der Erzeuger. Fragt denn ein industrieller Unternehmer oder ein Unternehmer in der Landwirtschaft, wenn er seine Produktion einleitet, nach den Bedürfnissen der Bevölkerung? Für ihn ist maßgebend, was er verdient. Das Geschäft, der Profit gibt ihm den Anreiz, nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung.

Mit diesem System muß restlos gebrochen werden, wenn eine rationelle Ernährungswirtschaft eingeleitet werden soll. Es bleibt nur übrig die Bergesellschaftung des Grund und Bodens.

Ich freue mich, daß die Regierung, die vor einigen Tagen noch erklärte, daß man auf dem Gebiete der Sozialisierung außerordentlich vorsichtig operieren müsse, heute mit erfreulicher Deutlichkeit erklärt, daß sie, wenn sich die Notwendigkeit zeige und der Widerstand gewisser Kreise nicht nachlasse, über Gesetzesparagraphen nicht stolpern würde, um die Ernährungsmöglichkeit sicherzustellen. Das war immerhin ein Zugeständnis für die Sozialisierung, das wir uns merken wollen. Und wenn dieses Zugeständnis zurückzuführen ist auf die Bewegung der Arbeiter in Sachsen, so hat diese doch bereits einen Erfolg gebracht.

Es zeugt von einem unverständlichen Optimismus, wenn der Herr Abgeordnete Blüher meint, es werde der Regierung gelingen, auf die Landwirte einzuwirken, daß sie von selbst dazu kommen, die Ernährungsschwierigkeiten zu beheben. Wenn Sie in der Presse gelesen haben, wie der Herr Abgeordnete Leithold kürzlich zu den Landwirten geredet hat und wenn Sie die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schmidt heute gehört haben, dann, meine ich, wird dieser Optimismus sehr bald verschwinden, dann wer-